

ermöglicht.¹⁷ Entscheidungssituationen definieren sich dadurch, dass Entscheidungsträger aus mehreren Handlungsalternativen wählen können. Wenn man den Kontingenzfaktor einfließen lässt, steht die Frage im Vordergrund, inwieweit in das Kalkül, welche der möglichen Optionen aufzugreifen sind, prognostisch und wissensmäßig abgesicherte Vorstellungen über die Folgen der favorisierten Lösung eingeflossen sind. Dabei wird man die Vermutung wagen können, dass Entscheidungen, die einem bestimmten Kontingenzstatus zuzuordnen sind – nämlich Entscheidungen, die auf einer soliden Wissensgrundlage getroffen wurden – keinen Sprung ins Dunkle darstellen. Hier waren sich die Entscheider der Folgen ihrer Entscheidung vor allem deswegen bewusst, weil sie die Entscheidung aus einer Fülle realistischer Alternativen getroffen hatten. Reichspräsident Hindenburgs Entscheidung am 30. Januar 1933, Adolf Hitler mit dem Amt des Reichskanzlers zu betrauen, wird man dieser Kategorie zuordnen können. Zum einen verfügte der zentrale Entscheider Hindenburg im Januar 1933 über mindestens eine Handlungsalternative, die von den zeitgenössischen Akteuren als aussichtsreich angesehen wurde.¹⁸ Zum anderen war Hitler erst nach einer längeren Wartezeit zum Zuge gekommen; noch am 13. August 1932 hatte der Reichspräsident seinen Anspruch auf das Reichskanzleramt ausdrücklich zurückgewiesen. Wenn der Reichspräsident im zweiten Anlauf den NS-Parteiführer zum Regierungschef ernannte, dann hatte er dabei die Folgen seines Tuns intensiv bedacht. Hingegen besitzen Entscheidungen über Fragen, die einen grundlegenden Temporalitätswandel vollziehen, indem sie von einer in weite Ferne gerückten Zukunftsmöglichkeit in den Nahhorizont der unmittelbaren Gegenwart heranrücken, den Charakter des hastig Improvisierten und des unsicheren Navigierens ohne festen Plan. Der Weg zur deutschen Einheit seit Beginn der friedlichen Revolution im Herbst 1989 ist hierfür ein Paradebeispiel.

III.

Kriege wird man im bellizistischen Zeitalter zu jenen Ereignissen rechnen, die zum Regelwerk der internationalen Politik zählten. Im 19. Jahrhundert wurden Kriege in Europa von Kabinettskriegen zu Nationalkriegen, was ihnen eine neue

¹⁷ Besonders anschlussfähig sind die Forschungen des Soziologen Uwe Schimank; vgl. vor allem ders.: *Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne*, Wiesbaden 2005 sowie ders.: *Coping: Entscheiden, wenn das kaum noch möglich ist*, in: *Leviathan* 47 (2019), S. 192–213.

¹⁸ Dazu eingehend Wolfram Pyta/Rainer Orth: *Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können*, in: *Historische Zeitschrift* 312 (2021), S. 400–444.

Legitimationsquelle erschloss.¹⁹ Insofern haftete ihnen in jedem Fall bis zum Ersten Weltkrieg der Schein des Erwartbaren, ja des in gewisser Hinsicht Notwendigen an, wenn eine politische Situation als so verfahren angesehen wurde, dass Krieg als der einzige legitime Ausweg erschien. Revolutionen hingegen bilden als politische Eruptionen immer einen Sonderstatus von Ereignissen: Zwar kündigten sich manche so an, wie ein Vulkan aufgrund einer Rauchwolke seinen nahenden Ausbruch anzeigt; aber ob ein Vulkan tatsächlich Feuer speit oder sich mit Rauchzeichen begnügt, ist nicht vorherbestimmt.

Der grundlegende Problemaufriss von Jörn Leonhard setzt nicht zufällig damit ein, dass er mit dem älteren Moltke einen Experten des Kriegs zu Worte kommen lässt, der gerade deswegen sensibel dafür war, dass die die Revolution sich im Gefolge des Krieges per Klopfschlag ankündigte. Es war der Reichstagsabgeordnete Moltke, der mit seiner letzten Rede als Parlamentarier die revolutionären Erschütterungen antizipierte, die sich als Folge unkontrollierbarer Volkskriege ankündigten.²⁰

Dass mit der Entfesselung eines Nationalkriegs sozialrevolutionäre Energien freigesetzt werden könnten, war auch Reichskanzler Otto von Bismarck geläufig. Jörn Leonhard zeigt, wie Bismarck daraus für seine politische Strategie Nutzen zog. Die den Zeitgenossen sehr bewusste Verbindung zwischen Nationalkrieg und revolutionärer Konvulsionen der inneren Ordnung ermöglichte es, dass sich Bismarck als Vertreter eines starken Staates profilieren konnte, der imstande war, Kriege um der nationalen Sache willen zu führen und zu gewinnen, ohne dass dies mit dem Preis revolutionärer Erschütterungen im Innern erkaufte werden musste. Doch auch eine noch so ausgefeilte Verbindung von Staatskunst und Kriegshandwerk vermochte nicht das strukturelle Problem zu entschärfen, dass es keine politische Versicherungspolice gegen das Aufflammen revolutionärer Brände im Gefolge von Nationalkriegen gab. Insofern spielten insbesondere politische Ordnungen mit einem Demokratiedefizit mit dem Feuer, wenn sie es – wie im Falle des Ersten Weltkriegs – leichtfertig auf einen großen Krieg ankommen ließen.

Jörn Leonhards Beitrag legt eindringlich frei, wie dieser Krieg „die überkommene Legitimation politischer Ordnung herausforderte“ (S. 64). Vor diesen politischen Stresstest waren auch demokratisch legitimierte Staatswesen wie die Französische Republik gestellt, die im Mai und Juni 1917 durch Meutereien an der Front und durch Streiks einer Belastungsprobe unterzogen wurde. Dass Frankreich diese Krise meisterte, lag nicht zuletzt daran, dass dieses politische System eine Legitimationsreserve aufgebaut hatte, von der sich gerade in Kri-

¹⁹ Grundlegend hierzu ist Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914*, München 2008.

²⁰ Dazu auch Eberhard Kolb: *Helmuth von Moltke in seiner Zeit*, in: Roland G. Foerster (Hg.): *Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung*, München 1991, S. 1–17.

senzeiten zehren ließ. Anders sah es mit der autokratischen Herrschaft des russischen Zaren aus, die daher schon im Februar 1917 den Herausforderungen des Krieges nicht mehr standhalten konnte und durch eine veritable Revolution beseitigt wurde.

Und auch die monarchische Ordnung in Deutschland überdauerte den Krieg nicht. Gewiss war das Kaiserreich im Innern ungleich gefestigter als das russische Zarenreich.²¹ Es ging am Krieg daher vor allem deswegen zugrunde, weil dieser mit einer verheerenden militärischen Niederlage endete und dadurch die bestehende politische Ordnung beim ersten revolutionären Anstoß ins Wanken geriet. Doch – und dies macht Jörn Leonhard deutlich – konnte die militärische Niederlage nur deswegen solche Folgen nach sich ziehen, weil die „Erosion der politischen Legitimation seit 1916/17“ (S. 67) die innere Ordnung bereits ausgehöhlt hatte. Daher konnten Befehlsverweigerungen bei der Marine und beim Heimatheer innerhalb weniger Tage im November 1918 die deutschen Fürsten von ihren Thronen jagen.

Die Novemberrevolution in Deutschland eignet sich auch dazu, die Frage nach dem Kontingenzstatus solch grundstürzender Zäsuren zu untersuchen. Die in letzter Zeit wieder an Fahrt aufnehmende Revolutionsforschung²² hat deutlich gemacht, dass die Revolutionäre im November 1918 über keinen Masterplan verfügten, als sie binnen weniger Tage die Monarchie zum Einsturz brachten. Doch nach dem für alle überraschenden Ende der Monarchie konnte sich im Verlaufe der folgenden Monate eine revolutionäre Eigendynamik Bahn brechen, die sich durchaus an Aktionsmuster historischer Vorbilder anlehnte. Benjamin Ziemann bereichert in seinem Beitrag die Forschung dadurch, dass er nach der Handlungsmacht revolutionärer Rhetorik in der Hochphase der Revolution fragt. Rhetorische Selbstmobilisierung ist essentieller Bestandteil revolutionärer Handlungsanleitung; und daher ist eine kultur- und literaturwissenschaftlich vertiefte Analyse revolutionärer Rede auch ein Königsweg, um der uns hier leitenden Frage nach Kontingenzeinschränkenden Handlungsvorbildern nachzugehen.

Ziemanns Beitrag ist ein Lehrstück, wie Politik- und Kulturgeschichte kreativ miteinander verflochten werden können. Die radikale Linke musste die Novemberrevolution weitertreiben, weil die Revolution nur die Fürsten vom Thron vertrieben, nicht aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung angetastet hatte. Insofern zeugte ihr Drängen auf eine zweite, eigentliche Revolution von der Orientierungsmacht ihrer marxistischen Weltanschauung und entsprach damit dem Kern der Schriften, in denen die Überwindung des Kapitalismus auf revolutionärem Wege mit wissenschaftlichem Anspruch untermauert worden war. In

²¹ Eine Bilanz der Forschung zum Deutschen Kaiserreich bei Andreas Braune u. a. (Hg.): *Eignigkeit und Recht doch Freiheit?*, Stuttgart 2021.

²² Vgl. als Überblick über den Stand der Forschung Andreas Braune/Michael Dreyer (Hg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019.

diesem Sinne konnte die revolutionäre Dynamik, die bis in den Mai 1919 hinein weite Teile des Reiches in Atem hielt, nicht überraschen; und damit besitzt die Revolution 1918/19 einen eingeschränkten Kontingenzstatus.

Spartakusbund und Teile der USPD waren sich des Umstands bewusst, dass sie mit diesem Programm nicht nur die alten Eliten des Kaiserreichs, sondern auch die sozialdemokratischen Inhaber der Staatsgewalt gegen sich aufbrachten und dass allein eine gewaltsame Übernahme der Herrschaft die Verwirklichung dieses Programms ermöglichte. Durch eine sprachensible Analyse von Schlüsseldokumenten rhetorischer Selbstmobilisierung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und anderer Akteure lässt Ziemann keinen Zweifel daran aufkommen, dass die „aufwieglerische Rhetorik des Bürgerkriegs“ (S. 187) einer Anbetung der Handlungsvollmacht der Gewalt entsprach. Damit legt Ziemann nicht nur argumentative Schwachstellen von Forschern frei, denen Einsicht in die autonome Kraft revolutionären Redens und deren Handlungsmacht fehlt und die damit das Thema „Revolution“ in einer normativ aufgeladenen Weise methodisch verengen. Machtfragen sind immer auch Fragen der Deutungshoheit über das Wort; insofern sind Machthaber immer auch „Worthaber“.²³ Es wäre wünschenswert, wenn die erst in den Anfängen steckende Beschäftigung mit der oratorischen Dimension der Novemberrevolution²⁴ dazu führte, den interdisziplinären Austausch mit der Sprachwissenschaft zu beleben. Das „Handbuch politische Rhetorik“ enthält hierzu mannigfache Anregungen;²⁵ aber an genuin linguistischen oder rhetorischen Arbeiten über den Typus revolutionären Redens herrscht weiterhin Mangel.

Benjamin Ziemann kann zugleich – und dies ist ein Hauptertrag – zeigen, wie sehr sich die radikalen deutschen Revolutionäre an einen Plot anlehnten, den die radikalen französischen Revolutionäre 1793/94 geschaffen hatten. Es war die erzählerische Gattung der Tragödie, denen sich die Jakobiner und in deren Fahrwasser die deutschen Radikalrevolutionäre 1918/19 verpflichtet fühlten: der Einsatz aller Mittel – auch des eigenen Lebens- im Bewusstsein dessen, dass man das ehrgeizige Ziel im ersten Anlauf nicht erreichen und gemessen daran scheitern würde. Und damit hielt sich die Novemberrevolution auch hinsichtlich ihrer narrativen Strukturierung an das Urskript aller Revolutionen, das die Französische Revolution hinterlassen hatte.²⁶ Ziemann kleidet dies prägnant in die Formulierung, dass die radikalen deutschen Revolutionäre ein „Reenactment“ (S. 188) dessen angestrebten hätten, was in der Französischen Revolution

²³ Mehring, Aktualität, S. 748.

²⁴ Ein erster Ansatz hierzu in Wolfram Pyta: Revolution als ästhetische Mobilisierung. Kulturhistorische Betrachtungen zur Novemberrevolution, in: Braune/Dreyer (Hg.): Zusammenbruch, S. 133–160.

²⁵ Armin Burkhardt (Hg.): Handbuch politische Rhetorik, Berlin 2019.

²⁶ Hierzu grundlegend Keith Michael Baker/Dan Edelstein (Hg.): Scripting Revolution: A Historical Approach to the Comparative Study of Revolutions, Stanford 2015.

vorexerziert worden war. Es war keine Ur-, sondern eine Wiederaufführung einer Tragödie, die sich 1918/19 in Deutschland ereignete und die seit langem auf dem Spielplan stand. Insofern war die Revolution in Deutschland zwar nicht hinsichtlich ihres konkreten Ausbruchs vorhersehbar, aber doch hinsichtlich des dynamischen Verlaufs und in ihren Handlungssequenzen.

Man wird daher davon sprechen können, dass die Novemberrevolution als politischer und kultureller *Gärungsprozess* einzuschätzen ist, bei dem die den Gärungsprozess verursachenden Zutaten und das Produkt dieses Prozesses vorhersehbar waren. Welche Qualität das Endprodukt schließlich besaß, das blieb allerdings den in diesem Sinne kontingenten Einflussfaktoren vorbehalten.

IV.

70 Jahre zuvor waren weite Teile Europas so in revolutionäre Wallung geraten, dass es der Initialzündung der Französischen Februarrevolution bedurfte, damit innerhalb weniger Wochen die Revolution auf den Deutschen Bund und damit auch auf Berlin und Wien überschwappte. Die deutsche Spielart der Revolution trug insofern bellizistische Züge, als der revolutionäre Schub, der auf die Errichtung eines deutschen Nationalstaats zielte, einen Nationalkrieg gegen Dänemark auf die Tagesordnung setzte, der dazu dienen sollte, die unter dänischer Oberherrschaft stehenden Herzogtümer Schleswig und Holstein für den künftigen deutschen Nationalstaat mit kriegerischen Mitteln zu sichern und damit Dänemark zu entreißen. Insofern ist der mit rhetorischen und kriegerischen Mitteln ausgetragene Konflikt um diese beiden nördlichsten Vorposten deutscher Sprachgemeinschaft geradezu prädestiniert, dem Konnex zwischen Revolution und Krieg nachzuspüren.

Der Beitrag von Carsten Kretschmann ist ebenfalls einer Kulturgeschichte des Politischen verpflichtet, weil er sich den Formen und Formaten rhetorischer Einpeitschung auf einen Krieg widmet. Zugleich wirft Kretschmann die zentrale Frage auf, ob sich die deutsche 48er Revolution und mit ihr die Bereitschaft zu einer kriegerischen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage am Vorbild der Französischen Revolution orientierte, die ja von 1792 an ihre Ideen mit militärischen Mitteln zu exportieren gesucht hatte. Kretschmanns Befund ist eindeutig: Die Französische Revolution und deren Kriege waren nicht das Muster, das den deutschen Revolutionären von 1848 als Vorlage für den Umgang mit den Herzogtümern diente. Dies hängt – so wird man ergänzen – gewiss vor allem damit zusammen, dass die Französische Revolution ihren missionarischen Eifer aus der Exportfähigkeit universaler politischer Ordnungsprinzipien – *liberté, fraternité, égalité* – schöpfte. Zugleich hatten sich diese Prinzipien in der Verfassung vom September 1791 so niedergeschlagen, dass diese zum symbolischen Ausdruck